

LINKE fordert Armutsbeauftragte(n) für Städteregion

Aachen, den 06. November 2012

Anhaltend hohe Armutsgefährdung der Bevölkerung in der Städteregion Aachen erfordert schnelles und effektives Handeln, findet die Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag. Sie beantragt daher, über die Einführung eines/einer Beauftragten zur Armutsbekämpfung in der nächsten städteregionalen Sozialkonferenz am 07.11.12 zu beraten.

Primäreinkommen sowie verfügbares Einkommen liegen in der Städteregion Aachen deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Die Armutsgefährdungsquote beharrt mit fast 17% trotz vermeintlich gesunkener Arbeitslosenzahl weiterhin auf besorgniserregendem Niveau. Sinkende Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung lassen eine starke Zunahme der Altersarmut erwarten.

Die Verwaltung der Städteregion hält trotz dieser Entwicklungen eine(n) Armutsbeauftragte(n) für entbehrlich. Ein Kompendium mit Überblick und Analyse der demographischen Entwicklung der Städteregion genüge.

„Es reicht nicht aus, die aktuelle Entwicklungen in der Erwerbsarbeit, in der Kinder- und Jugend oder Altersarmut nur zu beschreiben.“, stellt Manfred Lutter, Vertreter der Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag in der Sozialkonferenz, fest. „Die Städteregion braucht eine(n) Armutsbeauftragte(n), der/die Konzepte und Maßnahmen zur Abwehr der Armutsgefährdung entwickelt und zusammen mit Ämtern und Organisationen umsetzt.“

„Die Politik ist verantwortlich dafür, mit effektiven Maßnahmen gegen Armutsentstehung und -verfestigung vorzugehen und klare Richtungsänderungen aufzuzeigen“, ergänzt der Fraktionsvorsitzende Harald Siepman, der auf die Zustimmung der weiteren Vertreter der Sozialkonferenz setzt.

Anja Linz